

Antrag 51/II/2021 KDV Mitte
Demokratie bewahren! Faire Wahlen in Ungarn garantieren

Beschluss: Annahme

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Europaabgeordneten dazu auf, sich bei der EU-Kommission für freie und faire Wahlen bei den kommenden Parlamentswahlen in Ungarn im Jahr 2022 einzusetzen. Aufgrund der Erfahrungen der beiden letzten Parlamentswahlen sollte bereits vor den Wahlen auf Folgendes hingewirkt werden:

1. Kandidat*innen sollen sich schon vor dem Beginn der Wahlkampfperiode registrieren können, um rechtzeitig öffentliche Gelder für den Wahlkampf erhalten zu können.
2. Transparenz bei der Wahlkampffinanzierung, z.B. durch öffentliche Berichte, die ausreichend detailliert die Einnahmen und Ausgaben für Kandidat*innen und Parteien aufschlüsseln. Diese sollten spätestens einen Tag vor der Wahl in einem digitalen und durchsuchbaren Format einsehbar sein.
3. Meinungsvielfalt in den Medien mit einem möglichst barrierefreien Zugang zu diesen, sowie die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit redaktionellem Pluralismus, einem transparenten Auswahlprozess bei der Benennung von leitenden Angestellten und einem transparenten und nachhaltigem Finanzierungssystem.

Zudem soll es einen unabhängigen internationalen Wahlbeobachtungsprozess geben, welcher ausreichend unabhängige internationale Beobachter*innen insbesondere im ländlichen Raum zur Verfügung stellt, die den Wahlprozess begleiten und ihn unter Berücksichtigung internationaler Standards neutral und objektiv bewerten sowie gegebenenfalls etwaige Unregelmäßigkeiten offenlegen können.

Überweisen an

Bundesparteitag 2023, Landesgruppe, MdEP

Stellungnahme(n)

Stellungnahme der Landesgruppe 2022:

Bei den Parlamentswahlen im April 2022 hat die Fidesz-Partei unter Viktor Orbán mit deutlichem Vorsprung vor dem Oppositionsbündnis gewonnen. Wir sind beunruhigt über die politischen Entwicklungen in Ungarn. Seit Jahren werden die demokratischen Grundwerte systematisch verletzt und der Rechtsstaat demontiert. Wir Sozialdemokrat_innen haben die EU-Kommission seit langem dazu aufgefordert mehr Druck auf Orbán auszuüben. Nun hat die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen reagiert und angekündigt, dass gegen Ungarn ein Verfahren gemäß dem Rechtsstaatsmechanismus eröffnet wird. Damit werden Verstöße gegen die EU-Grundrechte nicht mehr ungestraft bleiben und Ungarn droht eine Kürzung der Mittel aus dem EU-Haushalt.

Beschluss des Bundesparteitag 2023:

nicht befasst